

Ausschuß "Mensch und Technik"

Protokoll

9. Sitzung (nicht öffentlich)

8. März 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

1 Informations- und Kommunikationstechnik in der öffentlichen Verwaltung (Modellversuche des Innenministers)

Vorlagen 10/2170 und 11/204 1

Zunächst wird von seiten der Landtagsverwaltung über die Ausstattung des Landtags mit I- und K-Techniken berichtet. Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion steht die Abstimmung der Software auf die Bedürfnisse der Abgeordneten und die Versorgung von Besuchergruppen über I- und K-Techniken mit Informationen über die Parlamentsarbeit. Der Sprecher der SPD-Fraktion wünscht die Erstellung eines Konzeptes; die

Ausschuß für "Mensch und Technik"

08.03.1991

9. Sitzung

ni-sz

Seite

Vorsitzende gibt den Fraktionen zu überlegen, der Landtagsverwaltung ein Anforderungsprofil an die Hand zu geben.

Im Zusammenhang mit dem "Aktionsprogramm Informationstechnik 1990" des Innenministers berichten Vertreter der drei für Modellprojekte ausgewählten Ressorts über den derzeitigen Stand.

Der Ausschuß bittet die beteiligten Ressorts, bei der Abfassung schon der Zwischenberichte darauf zu achten, daß sie für die Erarbeitung einer allgemeinen Konzeption geeignet sind. Die Zwischenberichte sollen bis Ende 1991 vorliegen.

2 Tagung: Technikbewertung in Parlamenten

17

Der Ausschuß einigt sich darauf, nach Vorliegen der Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion, vermutlich im Frühjahr 1992, eine Tagung mit dem Arbeitstitel "Technikfolgenabschätzung in Parlamenten" durchzuführen.

3 Haushalt 1991

19

Diskutiert wird über den Antrag der SPD-Fraktion und den der Fraktion DIE GRÜNEN betreffend das SoTech-Programm.

(Bezüglich der Abstimmungsergebnisse und weiterer Erläuterungen siehe Vorlage 11/414.)

Ausschuß "Mensch und Technik"
9. Sitzung

08.03.1991
ni-sz

Seite

4 Nachlese zur Klausurtagung vom 2. November 1990 in Bonn 22

Der Ausschuß einigt sich darauf, in eine erste, vor der Sommerpause fertigzustellende Publikation die auf der Klausurtagung gehaltenen Referate und die Handlungskonzepte der einzelnen Fraktionen für die 11. Legislaturperiode aufzunehmen.

Vor der Drucklegung soll das Manuskript allen Fraktionen noch einmal unterbreitet werden.

5 Verschiedenes

a) 10. Sitzung des Ausschusses "Mensch und Technik" 24

Die Sitzung soll auf Einladung des Präsidenten, Professor Kaiser, im Wissenschaftszentrum NRW stattfinden.

Die Staatskanzlei und die zuständigen Ministerien werden gebeten, dem Ausschuß vorab einen schriftlichen Bericht über das Konzept des Wissenschaftszentrums vorzulegen.

Mit Referaten des Leiters der Sozialforschungsstelle Dortmund, Herrn Dr. Peters, und Herrn Dr. Fischbachs aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales soll die Behandlung des Themas "Risiko", diesmal unter dem Aspekt "Risiken in der Arbeitswelt", fortgeführt werden.

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion spricht sich der Ausschuß für den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN aus, in öffentlicher Sitzung zu tagen.

b) Besuch der Kernforschungsanlage Jülich 25

Ein Termin soll von den Fraktionsprechern festgelegt werden.

c) Informationsreise des Ausschusses nach Baden-Württemberg 25

Die Reise soll vom 14. bis zum 16. Mai 1991 stattfinden.

d) Behandlung der Vorlage 11/286 durch diesen Ausschuß 25

Darüber soll auf der nächsten Sitzung befunden werden.

e) Bericht in "Landtag intern" 3/91 25

Die CDU-Fraktion akzeptiert als Erklärung dafür, daß in einem Bericht über das Petunienexperiment des Max-Planck-Instituts für Züchtungsforschung nur die Meinung der Vorsitzenden wiedergegeben worden ist, daß es sich um einen bedauerlichen Irrtum handelt.

Ausschuß "Mensch und Technik"
9. Sitzung

08.03.1991
ni-pr

Ungeachtet des Eingangs der Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion plädiere sie dafür, die Tagung sogar noch vor der Sommerpause abzuhalten.

Als zu hochstehend empfindet **Abgeordneter von Unger (CDU)** den Anspruch, einen Kongreß unter dem Vorzeichen, andere in das Zweifeln und Denken mit einbinden zu wollen, zu veranstalten. Er sehe das Ganze unter pragmatischeren Vorzeichen, nämlich um selbst zu einer besseren Formulierung der Aufgabenstellung und der Dienstleistungsfunktion zu kommen.

Mit dem von Herrn Hellwig angeregten Termin erkläre er sich einverstanden; die Antwort auf die Große Anfrage sollte einbezogen werden.

Als für eine solche Tagung zu wenig bezeichnet Herr von Unger es, lediglich einen zwischen allen Fraktionen konsensual erarbeiteten Bericht vorzutragen, in dem die unterschiedlichen Standpunkte zurückträten. Besser wäre, jede Fraktion bemühte sich demgegenüber geradezu, die verschiedenen Sichtweisen offenzulegen.

Der Ausschuß einigt sich darauf, nach Vorliegen der Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion, vermutlich im Frühjahr 1992, eine Tagung mit dem Arbeitstitel "Technikfolgenabschätzung in Parlamenten" durchzuführen.

3 Haushalt 1991

(s. hierzu Vorlage 11/414)

Zur lfd. Nr. 1 und 3 der Vorlage

Nach den Worten des Abgeordneten Hellwig (SPD) ist es angesichts der momentanen Haushaltslage schon äußerst erfreulich, daß die SPD-Fraktion eine Aufstokkung der Verpflichtungsermächtigung im jetzigen Stadium, d. h. vor einer Reaktion der Landesregierung in Form der Antwort auf die Große Anfrage, gebilligt habe. Dies schein jedoch auch ausreichend; auf eine Erhöhung des Ansatzes, wie von den GRÜNEN vorgesehen, könne verzichtet werden.

Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.) lehnt eine Anhebung der Verpflichtungsermächtigung aus grundsätzlichen Erwägungen ab: Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen im Landeshaushalt insgesamt bedeute ohnehin schon eine gewaltige Deformation der finanziellen Gestaltungsfreiheit für die Zukunft; unbekannt seien zudem bisher die in den nächsten Jahren auf das Land zukommenden Ansprüche.
- Abgeordneter von Unger (CDU) stimmt dem voll zu.

Abgeordneter Hellwig (SPD) will den Antrag der SPD-Fraktion auch als Hinweis des SPD-Arbeitskreises an die eigene Fraktion, diesem Feld in der Landespolitik zukünftig höhere Priorität einzuräumen, verstanden wissen.

Auch Abgeordneter Kuschke (SPD) betont die Signalwirkung, gelänge es, dem Antrag auf Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung gesamtheitlich zuzustimmen oder ihn durch die Oppositionsfraktionen zumindest nicht abzulehnen.

Die Vorsitzende bringt ihr Bedauern über die im Rahmen der Sparmaßnahmen vorgenommenen Kürzungen des SoTech-Programmes um 1 Million DM zum Aus-

Ausschuß "Mensch und Technik"
9. Sitzung

08.03.1991
ni-pr

druck. Die Heraufsetzung der Verpflichtungsermächtigung als Ausgleich genüge ihr als Zeichen nicht.

Einen Deckungsvorschlag für die von ihnen beantragte Aufstockung hätten die GRÜNEN zwar nicht auf den Einzelplan 07 bezogen, aber im Rahmen des Gesamtetats vorgelegt.

Erinnern wolle sie an die Aussagen der SPD-Vertreter während des Pressehintergrundgespräches, 10 % der Mittel für Forschungsprojekte sollten für Technikfolgenabschätzung ausgewiesen werden.

Abgeordneter Hellwig (SPD) stellt klar, die erwähnten 10 % seien mittel- und langfristig zur Entlastung der öffentlichen Haushalte gedacht. Sie sollten nämlich von vornherein projektgebunden zur Verfügung gestellt werden. Das Landesparlament leiste bisher noch die Arbeit für diejenigen, die dafür bis jetzt weder die notwendige Einsicht noch die Mittel aufgebracht hätten. - Am Beispiel "Kalkar" habe er das im Pressehintergrundgespräch deutlich gemacht.

Wehren wolle er sich gegen den Begriff "Sparmaßnahmen". Im Gegenteil weite sich der Landeshaushalt um 5 % aus. Das Problem sei, daß durch die Bonner Beschlüsse die Entwicklung des Landeshaushalts eine Beeinträchtigung erfahre und zwingende Sonderaufgaben dazu führten, den Bereich "Mensch und Technik" noch nicht so zu puschen wie wünschenswert. Die Priorität durch von der Landesregierung nicht zu beeinflussende Vorgaben liege in diesem Jahr auf einer Erhöhung der Zahl der Kindergartenplätze, der Zahl der Lehrer und der Zahl der Wohnungen.